

Bezugspreis: Vom 14.-22. Sept. 4 Millionen Mark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Zeit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Knax am Devisenmarkt.

Wesentliche Marktbesserung in New York.

Von vorgestern zu gestern ist an der New Yorker Börse der Wert der Mark nahezu auf das Doppelte gestiegen...

Arbeit für den Devisenkommissar.

Die gestrige Devisenbörse brachte eine Sensation. Seit Monaten hatte die Reichsbank, um den Niedergang der Mark aufzuhalten...

daß ein erheblicher Teil der Devisengeschäfte sich auf dem Rücken der Reichsbank vollzog.

Bisher ist leider nichts darüber bekanntgeworden, daß die Reichsbank ihre Drohung wahrgemacht hätte.

Heute hat man die Möglichkeit, diejenigen Leute zu fassen, die gestern ohne ausreichende Deckung Kaufaufträge erteilt haben.

Aushöhlung der Löhne.

Im vorigen Herbst veröffentlichte „Manchester Guardian Commercial“ einen Aufsatz von John Hilton, Direktor des Statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium.

Nun kehrt in Deutschland immer häufiger die Behauptung wieder, die Löhne der deutschen Arbeiter hätten gegenwärtig die Friedenslöhne erreicht.

Zur Steuer der Wahrheit.

Der Bundesvorstand des ADGB. veröffentlicht folgende Erklärung:

„Aus durchsichtigen Gründen wird, wie wir aus verschiedenen Teilen des Reichs erfahren, von deutschnationalen Vätern die Meinung verbreitet, die Gewerkschaften hätten an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet, daß sie entweder in drei Tagen den passiven Widerstand aufgeben oder zurücktreten müsse.“

Der ADGB. erklärt kategorisch, daß diese Meinung in keiner Weise den Tatsachen entspricht und nur zu dem Zweck von arbeiterfeindlicher Seite verbreitet wird, das Odium für etwaige von der Reichsregierung geplante Maßnahmen, die angesichts der erst von ihr in ihrem vollen Umfang aufgedeckten untragbaren Finanzgebarung der Regierung Cuno und des von unverantwortlichen Stellen der Wirtschaft absichtlich und gewissenlos noch jetzt betriebenen Ruins der Mark unumgänglich erscheinen könnte, auf die Gewerkschaften abzuwälzen.

Der ADGB. wendet sich daher mit größter Schärfe gegen den jetzt unternommenen Versuch, den Gewerkschaften und den von ihr vertretenen Arbeitern die Verantwortung für die Folgen der Politik der Regierung Cuno und des unverantwortlichen Vorgehens gewisser Gruppen der Industrie und Finanz aufzubürden.“

Der Schutz der Republik.

Aufhebung einer deutschvölkischen Jugendgruppe.

Von der Berliner politischen Polizei wurde am Mittwochabend eine Versammlung der Jugendgruppe Prinz Louis Ferdinand wegen dringenden Verdachtes des Verstoßes gegen das republikanische Schutzwort und gegen die Verordnung über das Verbot militärischer Verbände ausgehoben.

Die Jugendgruppe Prinz Louis Ferdinand gehörte früher der deutschnationalen Bismarck-Jugend an, wurden aber vor kurzem wegen ihrer rechtsradikalen Bestrebungen ausgeschlossen.

Über das Treiben der Gruppe berichteten wir erst vor einigen Wochen. Sie propagierte damals an der Kieler Brücke in Moabit einen Zusammenstoß mit proletarischen Wandervögeln, bei dem es zu einer Schlägerei kam.

Die Besetzung des Mannheimer Schlosses.

Mannheim, 20. September. (Rth.) Die französischen Truppen, die heute morgen das Mannheimer Schloß besetzt haben, sind heute abend gegen 8 Uhr bis auf eine Wache von 30 bis 40 Mann nach Ludwigshafen abgezogen.

Verhängtes Todesurteil.

Düsseldorf, 20. September. (Rth.) Das Revisionsgericht hat die von dem am 8. September zum Tode verurteilten Studenten Raabe eingelegte Revision verworfen.

Die Jalschmeldung der „Neuen Berliner Zeitung“ über Einstellung des passiven Widerstandes wird, wie amtlich mitgeteilt wird, den Oberreichsanwalt beschliffen.

Die sächsische Regierung hat nach einer amtlichen Mitteilung beim Landtag die baldige Einberufung des Landtages, zunächst auf die erste Oktoberwoche, beantragt.

Anzeigen-Grundpreise: Die einspaltige Komparativzeile 500 Mark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

gar 44 Stunden (statt 7 1/4 Stunde im April/Mai 1922) und ein Schriftseher vollends mußte statt 7 1/4 Stunden 48 1/2 Stunden arbeiten, um am Dienstag, den 18. September, die angeführte Quantität von Lebensmitteln kaufen zu können. Betrag also im April und Mai 1922 der Lohn eines deutschen Arbeiters nach seiner realen Kaufkraft etwas weniger als die Hälfte des englischen, und knapp ein Fünftel des Lohnes des amerikanischen, so ist dieser Lohn des deutschen Arbeiters in seiner realen Kaufkraft bis zum 18. September 1923 auf ein Sechstel der Kaufkraft seines Lohnes vor 17 Monaten gesunken!

Es ist also gewiß nicht zuviel gesagt, wenn man dieses Schwinden der Kaufkraft des Lohnes mit einem Sturz in den Abgrund bezeichnet. Angesichts dieser Tatsache, die schließlich für niemanden in Deutschland, auch nicht für den Reichswirtschaftsminister und für den Reichskanzler ein Geheimnis sein kann, muß man sich fragen, wie es möglich ist, daß gegenwärtig in der gesamten kapitalistischen Presse ein beispielloser Feldzug gegen die Arbeiterchaft geführt wird, die angeblich „über die Friedensrealöhne“ hinausgehende Löhne beziehen sollen. Die Zahlen, die wir hier wiedergegeben haben, sind unanfechtbar. Man könnte höchstens in Zweifel ziehen, ob wir die Preise am 18. September nicht zu niedrig in Rechnung gestellt haben.

Herr v. Raumer, der Reichswirtschaftsminister, wird vielleicht einwenden, daß seine Berechnungen nicht auf die Preise von Weizenbrot, frischer Butter und Milch sich beziehen, alles Dinge, die dem deutschen Arbeiter heute ungefähr so erscheinen, wie uns als Kindern einst die Herrlichkeiten aus Lausend und einer Nacht. Wir wollen aber Herrn v. Raumer und der Unternehmerpresse, die mit den „Friedenslöhnen“ der deutschen Arbeiter hausieren geht, auch die letzte Möglichkeit einer Ausflucht nehmen. Wir haben die Friedenslöhne der Schriftseher, Maurer und Monteure verglichen mit den effektiv bezahlten Löhnen in der von uns angezogenen Woche und diese untersucht auf ihre Kaufkraft auf Grund des amtlichen Lebenshaltungsindex vom 19. September, der die Teuerung vom 17. und 18. September der Lebenshaltung wiedergibt.

Dieser Lebenshaltungsindex enthält kein Weizenbrot und keine Butter, sondern Margarine und Martenbrot. Die Indexziffer ist bekannt. Sie beträgt 14 244 900. Wenn wir den Friedenslohn eines gelernten Metallarbeiters in Berlin mit 80 Pfennig in Rechnung stellen, den Stundenlohn, der für den 19. September im Verbrauch in Frage kommt, mit 2 900 000, dann ergibt sich daraus, daß ein gelernter Metallarbeiter mit allen sozialen Zulagen, die Ausgleichszulage inbegriffen, nicht mehr als 25,4 Proz. seines Friedenslohnes verdient. Der Friedenslohn der Schriftseher betrug 70 Pfennig; der Stundenlohn, der für den Verbrauch am 19. September in Frage kommt, 2 500 000. Der Schriftseher verdient also tatsächlich nur rund 25 Proz. seines Friedenslohnes. Der Friedenslohn des Maurers betrug 82 Pfennig; der Stundenlohn am 19. September 2 600 000. Er hatte also nur 22 Proz. seines Friedenslohnes. Um den Friedenslohn zu verdienen, müßte der Schriftseher statt 2 500 000 9 971 000, der Metallarbeiter statt 2 900 000 11 396 000 und der Maurer statt 2 600 000 11 680 000 Mark am Freitag, den 14. September erhalten haben.

Die ungeheuerliche Differenz, die zwischen den lebensnotwendigen Löhnen und den tatsächlich gezahlten Löhnen liegt, ist eine der wesentlichen Ursachen unserer Wirtschaftskrise. In Berlin haben wir bereits 126 000 auf den Arbeitsnachweisen eingeschriebene Arbeitslose, ganz ungerchnet die Kurzarbeiter. Die Kaufkraft der Verbrauchsmassen ist derartig ausgehöhelt, die Preise sind trotz der Elendslöhne so überstiegen, daß wir mitten in dem wirtschaftlichen Zusammenbruch uns befinden. Die Zahlen beziehen sich immer auf den Lohn eines Vollarbeiters. Aber in vielen Erwerbszweigen befindet sich der Vollarbeiter bereits heute in der Minderheit. Die Mehrheit setzt sich aus Kurzarbeitern und Arbeitslosen

zusammen. Es ist Pflicht der Reichsregierung, die amtlichen Schlichtungsstellen anzuweisen, daß die zwischen den Spitzenorganisationen vereinbarten Richtlinien über Lohnverhandlungen auch angewendet werden. Denn nur dadurch, daß die Arbeiterchaft mit ihren Löhnen stets um eine Woche hinter der Teuerung zurückbleibt, ist die ungeheuerliche Differenz zwischen Reichsindexziffer und Löhnen entstanden. Diese Differenz bedeutet ein für die Arbeiterchaft unerträglich gewordenes Elend, das dadurch nicht leichter zu tragen wird, wenn verantwortliche Minister von den überstiegenen Friedenslöhnen reden.

Die Pariser Besprechung.

Auch die ergänzenden Mitteilungen über den Verlauf der Besprechung zwischen Poincaré und Baldwin ergeben keinen positiven Anhaltspunkt, der irgendwie zugunsten Deutschlands sprechen könnte. Vor allem ist auch heute noch völlig unklar, inwieweit der französische Ministerpräsident bereit ist, auf die Voraussetzungen der Reichsregierung zur Empfehlung eines Verzichts auf den passiven Widerstand an die maßgebenden Instanzen der Ruhrbevölkerung einzugehen. Diese Voraussetzungen sollen inzwischen dem belgischen Botschafter schriftlich zur Verfügung gestellt worden sein.

Wir sind gewiß, daß sich die Reichsregierung insbesondere in ihrer Außenpolitik von den deutschnationalen Katastrophopolitikern nicht in ein anderes Fahrwasser drängen läßt. Die Zeit ist zu Experimenten zu ernst, wir müssen auf schnellstem Wege zur Lösung des Ruhrkonflikts kommen.

Baldwin war gestern, Donnerstag, mit seiner Frau in Versailles. Eine wohlgelegene Stätte zum Nachdenken über die Lage Europas!

Nach einer Pariser Eca-Meldung erklärt man am Quai d'Orsay die Berliner Blättermeldung von einer englischen und belgischen Mahnung der französischen Regierung zur Mäßigung gegenüber Deutschland für phantastisch.

Das deutschnationale Parteigeschäft.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Bosische Zeitung“ eine Mitteilung aus Buenos Aires, die für die Geistesverfassung derjenigen Kreise, die sich am lauteften „national“ titulieren, bezeichnend ist: In der deutschen „La-Plata-Zeitung“ war ein Aufruf zu Zeichnungen für das Ruhrpoker erschienen. Drei Vorstandsmitglieder des deutschnationalen Vereins in Buenos Aires wandten sich öffentlich gegen diese Aufforderung mit der Begründung, daß es zunächst Pflicht der nationalgesinnten Deutschen in Argentinien sei, den dortigen deutschnationalen Verein finanziell zu unterstützen. Von Anfang der Ruhrbesetzung an ist hier immer wieder darauf hingewiesen worden, daß das Verhalten der deutschnationalen Presse keine andere Erklärung zulasse, als daß die Herrschaften auf der äußersten Rechten in dem tragischen Schicksal unserer Volksgenossen im Besten Deutschlands in erster Linie eine günstige Gelegenheit erblickten, ihre parteipolitischen Geschäfte zu betreiben. Die Deutschmonarchisten von Buenos Aires haben mit ihrer Stellungnahme nur etwas unvorsichtig und zynisch öffentlich zum Ausdruck gebracht, was die meisten deutschnationalen innerlich zu ihrem obersten Grundsatz gemacht haben: die Partei — d. h. die Monarchie, die Kasteninteressen der früher herrschenden Schichten, die großagrarisches Geldbeutelinteresse — steht ihnen turmhoch über dem Vaterland. Und die neue Dolchstoßflüge, die bereits nach wenigen Tagen Ruhrbesetzung in der deutschnationalen Presse vorbereitet wurde, diente lediglich dem Zweck, sich für die spätere Lösung des Ruhrkonflikts eine günstige Agitationsparole zu sichern.

Das wilde Treiben der deutschnationalen und der deutschvölkischen Presse seit dem Regierungswechsel im Reich und ganz besonders in den letzten Tagen ist ausschließlich unter diesem Gesichtspunkte zu bewerten. Es ist nicht minder un-

ehrlich und verrückt, als der analoge Hergeiz, den die Kommunisten gegen die „Kapitulation“ aufbringen. Allerdings gibt es verschiedene Grade in dieser Unehrlichkeit und Verrücktheit. Allen voran gehen natürlich die deutschvölkischen baltischen Barone der „Deutschen Zeitung“, die stolz erklären, daß die Gegenleistungen, die die Reichsregierung für die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt, nämlich die Wiederherstellung der deutschen Staatshoheit, die Aufhebung des Militärregimes im Ruhrgebiet und die Amnestie für die Ausgewiesenen und Verurteilten, nicht genügt! In der „Deutschen Zeitung“ heißt es wörtlich:

Das genügt uns nicht. Wir fordern, daß an den Worten Cunos in München festgehalten wird, wonach keine Verhandlungen beginnen, bevor das Ruhrgebiet geräumt ist. Wir verlangen ferner, daß dem Deutschen Reiche die geraubten Gelder vollständig zurückerstattet und eine Wiedergutmachung aller Schäden durch Frankreich und Belgien geleistet wird. Es kommt nicht auf das Wort Kapitulation an, sondern auf den Sinn.

Warum so bescheiden? Man muß sich tatsächlich darüber wundern, daß die „Deutsche Zeitung“ in ihrer unerantwortlichen Demagogie nicht auch die Rückgabe Elsaß-Lothringens als Vorbedingung jeglicher Verhandlungen mit Frankreich fordert.

Nicht ganz so mild, aber um so perfider ist das Treiben der „Kreuzzeitung“. Darin wird die Kapitulation Deutschlands, wenn auch der Form halber mit einem Fragezeichen, so doch als eine feststehende, unabänderliche Tatsache hingestellt. Darin offenbart sich wieder einmal das überaus „nationale“ Verantwortungsgesühl dieser Herrschaften: es wird den Franzosen direkt suggeriert, daß die Reichsregierung sowieso um jeden Preis Frieden schließen wolle, so daß sie eigentlich gar keine Konzessionen zu machen brauchten. Wohl dürfte dies nicht die Absicht, es wird aber jedenfalls die Wirkung dieser nur auf parteipolitische Agitationserfolge bedachten Erörterungen eine große Rolle. Das können wir durchaus von einem Blatte verstehen, das sich zum Sprachrohr Helfferichs gemacht hat, der bekanntlich der große Inspirator der Regierung Cuno gewesen ist. Darüber, daß die Finanzpolitik des letzten Reichskabinetts die Hauptschuld daran trägt, wenn wir heute den Ruhrkampf finanziell nicht länger tragen können, sind sich alle Parteien, mit Ausnahme der beiden Extremen, einig. Uebrigens gibt selbst die „Kreuzzeitung“ in einigen gewundenen Zwischenjahren die Tatsache dieses Unvermögens zu. Aber nach ihrer Darstellung liegt die Schuld an der jetzigen Situation in der Passivität des deutschen Widerstandes. Bei dieser Gelegenheit wird die schmutzige Verleumdung, daß Severing für die Auslieferung Schlageters verantwortlich sei, wieder aufgewärmt. Es müssen eben die ältesten, längst widerlegten Lügen herhalten, um das deutschnationale Parteigeschäft in Schwung zu bringen. Uebrigens vergißt das Blatt, daß in seinen eigenen Spalten der General v. Zeehl seinerzeit die Unmöglichkeit eines aktiven Widerstandes mit aller Deutlichkeit auseinandergesetzt hat.

Die „Kreuzzeitung“ kommt zu einem eigenartigen Schluß:

Ist also der Ruhrkampf nicht mehr durchzuführen, so gibt es eben nur ein Mittel: den Bruch mit Frankreich. Ihm ist die Verantwortung für alles, was weiter kommt, zuzuschreiben.

Diese Lösung klingt sehr heldenmütig, sie ist aber von einer grenzenlosen Borniertheit und enthüllt mit einem Schlage die ganze Hohlheit der deutschnationalen Kundgebungen in den letzten Tagen. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wurden gestern an die Deutschnationale Partei folgende vier Fragen gerichtet, die den Kern des Problems in sehr klarer Formulierung umschreiben:

1. Wie denkt sich die deutschnationale Partei die weitere Finanzierung des Abwehrkampfes an der Ruhr? 2. Wie denkt sie sich die Gestaltung der deutschen Währung bei Fort-

Wie du mir, so ich dir.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Wir beziehen zu fünf Margarine aus Hofstein. Seit einiger Zeit verlangt der Lieferant, daß eine gewisse Summe vorher eingezahlt wird. Den Rest erhebt er dann mit der Sendung durch Nachnahme. Das Verteilen der Margarine besorgt meine Nachbarin. Das Geld aber muß ich einsenden, da ich Postcheckkonto habe. Nun kostete bei der letzten Sendung das Pfund 7,3 Millionen Mark. Neun Pfund enthält eine Sendung. Da der neue Preis mindestens 10 Millionen Mark betragen wird, beschloßen wir, 90 Millionen Mark einzuschicken. Soviel Geld hatte ich aber nicht auf meinem Postcheckkonto stehen. Drum sammelte ich von den Hausgenossen für jedes Pfund Margarine, das sie bekommen, 10 Millionen ein und ging aufs Postamt, um mein Postcheckkonto durch Einzahlung von 80 Millionen Mark „aufzurichten“.

Ich nahm gleich das Geld mit, das ich von den Hausgenossen erhalten hatte. Als ich den dritten Schein ausgezählt hatte, sagte das Fräulein am Schalter: „Den nehmen wir nicht!“ Auf meine Frage nach dem Warum dieser Weigerung verwies die Dame auf einen Zettel und sagte: „Diese Scheine nehmen wir auf der Post nicht in Zahlung!“ Ihre Kollegin sagte: „Ach nein, die Scheine, die auf dem Zettel stehen, dürfen angenommen werden. Die anderen aber nicht!“

Ich zählte weiter: „12 Millionen, 13, 15, 20 Millionen, 21...“ — „Halt! den Schein nehmen wir nicht!“ wurde ich wieder unterbrochen. Ich legte ein paar 500 000-Mark-Scheine hin und kam bis 24 Millionen. Dann fand ich Eisenbahn- und Stadtgeld, gegen das nichts eingewendet wurde. Die 61. Million füllte ich mit 100 000- und 20 000-Mark-Scheinen auf. Den immer zahlreicher werdenden Hintermännern machte die Sache teils Spaß, teils wurden sie der Verzögerung wegen unzufrieden. Von den 28 Millionen Notgeld, die ich noch bei mir hatte, fanden nur zwei Fünfmillionenmarktscheine Gnade vor den Augen des Fräuleins. Ich brachte nach Aussuchen aller Taschen es nur bis auf 63 450 320 M.

Ich fragte das Fräulein, ob ich den Rest am Nachmittag schicken dürfe. Aber es wurde mir zur Antwort, da müßte ich die Zahlkarte wieder mitnehmen. Nachmittags sei außerdem großer Andrang. Mich womöglich eine Stunde lang anzustellen, hatte ich keine Lust. Drum griff ich in das Geheimfach meiner Brieftasche und nahm eine sorgsam gehütete 50-Millionen-Mark-Note heraus, frisch von dem aufgezählten Geld 33 450 320 M. wieder ein und erhielt die Quittung. Wie ein beglückter Fubel ging ich durch den Vorraum und bekam allerhand hübsche und wenig schmeichelhafte Bemerkungen zu hören. An dem Schalter aber sah ich schadenfrohe Gesichter. „Na wartet nur,“ dachte ich, „ich will euch das Lachen schon austreiben!“

Am selben Tage hatte ich eine Druckfahne bekommen, die mit 23 000 M. Strafporto belastet war. Da der Absender sich das schon

zum dritten Male in ziemlich kurzer Zeit geleistet hatte, wollte ich ihm eine Karte schreiben und die Beträge, die ich Strafporto hatte zahlen müssen, „zuglänglich der Kosten für diese Karte“ zurückfordern.

Flugs setzte ich mich an den Schreibtisch, schrieb die Karte, klebte aber keine Marke darauf, sondern suchte zur Barfreimachung möglichst keine Scheine zusammen. Nachdem sämtliche Hausgenossen und Strahennachbarn, mit denen ich bekannt bin, ihr Kleingeld umgetauscht hatten, bestanden die erforderlichen 30 000 M. in 5 Tausend-, 17 Fünfhundert-, 94 Hundert-, 92 Fünzig-, 91 Zwanzig-, 17 Zehn-, 88 Fünf-, 28 Zwei- und 14 Einmarktscheinen. Meine Frau, der Hauswirt und ein Kassenbeamter rechneten nach, ob das Geld auch stimmte. Dann steckte ich die vielen Scheine mit der Postkarte in einen schon mehrmals verwendeten großen Umschlag und schrieb folgendes Begleitschreiben:

In das Postamt, hier.

Anbei sende ich Ihnen eine Postkarte und 30 000 M. in Reichsgeld zum Barfreimachen der Karte. Ich hätte gern größeres Geld beigefügt. Die 10 000-Mark-Scheine, die ich besitze, sind aber nur Notgeld, das Sie nicht annehmen!

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet...

Als ich den dicken Brief in den Kasten am Postamt steckte, glaubte ich auf zwei Gesichtern an den Fenstern ein schlecht unterdrücktes Lachen zu sehen. Ich konnte das Lachen auch nicht verhehlen!

Zwei Tage später bekam ich 750 000 M. Honorar. Der Briefträger zahlte mir 720 000 M. in lauter 20-, 10-, 5- und Eintausendmarktscheinen aus und gab mir außerdem jenen Umschlag mit der Aufschrift:

Inlegend: 30 000 M. in kleineren Scheinen.

Auf das Nachzählen der letzteren Summe verzichtete ich aus sehr naheliegenden Gründen. Bei nächster Gelegenheit aber bekommt die Post den Umschlag wieder!!

Sturm und Drang im Renaissance-Theater.

Friedrich Maximilian Klinger war der Sohn eines Frankfurter Polizisten. Er hat als glühender Freund den jungen Goethe umarmt. Dann machte ihn das Schicksal nach mancherlei Erniedrigungen zum russischen General. Die Perücke, die der hohe und geadelte Mann dann trug, drückte ein Gehirn, das poetisch ausgerastet hatte. Der junge Klinger war der todsüchtigste unter den Geniesfreunden des jungen Goethe. Er hat die mächtigste Bewegung des Faustproblems beizeiten erkannt und Fragen gestellt, die in den Köpfen seiner Zeitgenossen ausregend respektierten. Seine Tragödie „Die Zwillinge“ ist echter Sturm und Drang. Ueberstimmungen, die Junzen der Menschheit stehen außerordentlich locker. Die Herzen reden sich monologisch jede großartige Regung herunter. Die Gefühle können nicht wirklich genug sein. Unerlässliche Erbgewerbe, die zum Bruderkuß führt. Der vernachlässigte Abel ermordet den beglückten Cain, und der Vater der beiden

Brüder ist gerechter als der biblische Urvater. Mit dem Dolche fällt er den Brudermörder. Viel Blut auf der Bühne. Eine Ueberladung der gepulsterten Worte, fünf Akte, in denen die Leidenschaft nicht zur Ruhe kommen will. Heinz Goldberg, der Regisseur, hat die Reliquie mit einer gewissen Robustheit in die Hand genommen. Er ließ den Vorhang erst am Schluß hinuntergehen. Das ganze Leid des Bruderkampfes wurde auf einen Akt verdichtet, zu dem die fünf in Berechnung stehenden Aufzüge den Sud hergeben mußten. Man muß sauen: Das Experiment gelang, sofern es überhaupt gefasst ist, die Literaturgeschichte auf der lebendigen Bühne zu ehren. Die Schauspieler waren sogar gepakt, Herr Asper, Fräulein Rewes, Frau Liechtenstein spielten bewegt und wieder bewegend. Das Renaissance-Theater ist jedenfalls zu loben, daß es den Winter meder mit einer Schweinerei noch mit einer Kinderzi einleitet. R. H.

Gemeinschaft Proletarischer Musikfreunde. Getragen von der Idee, daß man durch Zusammenfassung geistiger und kultureller Kräfte der Arbeiterchaft zu organisatorischen Einheiten den schöpferischen Prinzip proletarischer Kultur am ehesten gerecht wird, haben der Berliner Schubert-Chor und der Gemischte Chor Groh-Berlin, R. d. V. E. B., die „Gemeinschaft Proletarischer Musikfreunde“ gegründet. Ihre Aufgabe ist, die Massen der wertigsten Bevölkerung mit Musik zu durchdringen. Dieses Ziel soll gefördert und erreicht werden durch zielbewusste künstlerische Arbeit in jedem einzelnen Chor, durch Veranstaltung von Konzerten, in denen die bedeutendsten Werke der Musikliteratur aufgeführt werden und durch Abhaltung von aufklärenden Vorträgen und Kurzen musikhistorischen und soziologischen Inhalts. Die künstlerische Leitung hat Jascha Horenstein. Für das erste Jahr ist die Aufführung folgender Werke vorgesehen: Orchesterwerke von Beethoven, Mozart, Bruckner, Mahler; a-cappella-Chöre von Brahms, Wagner, Delius, die biblischen Szenen von Schüh, altschweizer Volkslieder und Madrigale, Männerchöre a-cappella und mit Orchester von Schubert, Bruckner, Bartol, Liszt, Hausegger und Strauß, eine Gruppe internationaler revolutionärer Kampflieder, die Revolutionschöre aus der französischen Revolution von Mehul, Kammermusikwerke und Niedergruppen klassischer und moderner Meister.

Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin N. 39, Grenzstr. 7 (Tel. Humb. 2061), wo Auskünfte usw. erteilt werden.

Mary Wigman veranstaltet heute abend 8 Uhr im großen Saal der Philharmonie ihren einzigen Tanzabend in dieser Saison.

Berliner Statische Orchester. Die Abonnementskonzerte unter Leitung von Arthur Schnitzler beginnen am 3. Oktober im Saalbau Reichshaus. Mit Rücksicht auf die hohen Preise der Straßensitze werden die Konzerte in verkehrsreicherer Stadteile abgehalten, und zwar in jedem Saalteil 24 Konzerte.

Holländische Jubiläumskonzerte zu Berlin. Die holländische Kolonie in Berlin veranstaltet am 22. September, abends 8 Uhr, im dem großen Saal der Philharmonie für alle in Berlin weilenden Holländer eine Feste anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Königs Wilhelms III. Die Feste hat die Gestalt eines holländischen Konzertes, das vom holländischen Orchester unter Führung des bekannten holländischen Dirigenten Evert Cornelis ausgeführt werden wird.

Wilhelm Pfannkuchs Heimgang.

setzung dieser Finanzierung? 3. Wie denkt sie sich die Fortsetzung des passiven Widerstandes durch die Bevölkerung an Rhein und Ruhr unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden moralischen Inponderabilien und wirtschaftlichen Voraussetzungen? Welche Mitteilungen sind hierüber der deutschnationalen Partei nachträglich zugegangen? 4. Wenn der Kampf als machtpolitischer Kampf ausgetragen werden soll, wo sind dann die hierzu erforderlichen Machtmittel?

Auf diese Fragen finden die Deutschnationalen, in die Enge getrieben, nur die eine Antwort: Bruch mit Frankreich! Frankreich trägt dann die Verantwortung für alles, was kommt!

Das könnte den deutschnationalen Herrschaften so passen, daß sie sich mit einer leeren Redensart von der ungeheuren Verantwortung befreien, die schon jetzt auf ihnen lastet.

Münchener Justizkomödie.

München, 20. September. (Eig. Drahtber.) Im April d. J. hatte der „Bölkische Beobachter“ unter namentlicher Aufzählung von 47 meist jüdischen Firmen behauptet, sie seien die Geldgeber der „Münchener Post“. Chefredakteur und Geschäftsführer unseres Parteiblattes erblinden hierin den Vorwurf der Käuflichkeit und erhoben Klage wegen Beleidigung. Das Amtsgericht unter dem Vorsitz des als bölkisch bekannten Amtsgerichtsrates Falk wies die Klage ab, das Landgericht hob dagegen diesen Beschluß auf und ließ das Verfahren eröffnen, weil der nicht erwiesene Vorwurf der Käuflichkeit geeignet sei, die Privatkläger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und sie der Mißachtung preiszugeben. Es handelte sich um ein Vergehen der üblen Nachrede. Am Donnerstag wurde nun die Klage vor dem Schöffengericht unter dem Vorsitz desselben Herrn Falk geführt. Der Verteidiger des beklagten Redakteurs des „Bölkischen Beobachters“, ein ehemaliger Architekt Rosenberger aus Regal, verzichtete von vornherein darauf, den Wahrheitsbeweis anzutreten, denn es sei ja allgemein bekannt, daß der Marxismus die politische Ueberzeugung des Judentums darstelle. Nebenbei gab er seinem Besinnungsgegnossen Falk einen sanften Kippenstoß, indem er ihn mahnte, er müsse doch trotz der höheren Weisheit des übergeordneten Gerichts bei seiner ursprünglichen Ueberzeugung bleiben. Das geschah dann auch, Rosenberger wurde freigesprochen und den Klägern wurden die Kosten des Verfahrens ausgedrückt. Das Merkwürdigste ist nun aber die Begründung des Urteils, in dem es heißt: „Der Artikel im „Bölkischen Beobachter“ ist keine Kundgebung der Mißachtung und nicht geeignet, die Kläger verächtlich zu machen. Selbst wenn aber der Vorwurf der Käuflichkeit, wie es die Strafkammer des Landgerichts herausliefe, erhoben worden wäre, würde die Ehre der Kläger nicht verletzt sein, weil nicht im entferntesten in dem Artikel aufgeführt ist, daß der Einfluß der Geldgeber, wenn er tatsächlich stattgefunden hat, ein verwerflicher sei.“

Keine Verständigung in Thüringen.

Weimar, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagnachmittag wurden die am Montag zwischen der KPD. und der BVP. begonnenen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen fortgesetzt. Vor Beginn der Verhandlungen gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, in der sie von der BVP. die völlige Unterwerfung unter die kommunistischen Bedingungen fordern, andernfalls sie für die Landtagsauflösung stimmen würden. In der Erklärung, die in ihrem ersten Teil insofern einen Rechtfertigungsversuch für die KPD. darstellt, als die Schuld für ein Scheitern der Verhandlungen der BVP. zugeschoben wird und die in ihrem zweiten Teil einige Angriffe auf den Justizminister und den Innenminister enthält, heißt es am Schluß: „Wenn die BVP. ihren ablehnenden Standpunkt in der Frage des Betriebsrätekongresses und der gemeinsamen Hundertschaften nicht aufgibt, wird die KPD. hieraus die weiteren politischen Folgerungen ziehen und der Landtagsauflösung zustimmen.“

Die Verhandlungen wurden hierauf auf eine Stunde unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung wurden zunächst die in der Erklärung enthaltenen Angriffe auf den Justizminister und den Innenminister als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen. Genosse Rittweger, der persönlich zugegen war, bewies an Hand des Materials, daß die Angriffe völlig den Tatsachen zuwiderlaufen. Desgleichen konnten auch die Angriffe gegen den Innenminister als haltlos nachgewiesen werden. Die Kommunisten versuchten gegen dieses Tatsachenmaterial keinen Gegenbeweis zu erbringen, die Angriffe brachen in sich zusammen. Zu dem übrigen Teil der Erklärung teilt die Verhandlungskommission der BVP. mit, daß sie ihre Antwort auf die Erklärung schriftlich niederlegen und der KPD. im Laufe des nächsten Tages zugehen lassen werde. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Die Berechnung der steuerfreien Beträge.

Infolge der fortschreitenden Geldentwertung werden immer häufiger Nachzahlungen auf die Löhne und Gehälter notwendig. Das erschwert die richtige Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn, insbesondere eine richtige Anrechnung der steuerfreien Beträge. Auch bestehen vielfach Zweifel darüber, ob bei dem Steuerabzug von Lohn- oder Gehaltsnachzahlungen die Lohnsteuerermäßigungen zu berücksichtigen sind. Zum Teil ist die Auffassung vertreten worden, daß ohne Rücksicht darauf, ob die dem Lohnsteuerpflichtigen zustehenden Lohnsteuerermäßigungen bereits in Anspruch genommen sind, der Steuerabzug in voller Höhe von 10 Proz. zu bewirken sei. Dabei etwa zumiel gezahlte Steuer könne erst bei der nach Abschluß des Steuerjahres erfolgenden Veranlagung zur Einkommensteuer reklamiert werden.

Dieser Standpunkt ist, wie nunmehr der Reichsfinanzminister entschieden hat, falsch. Man hat nach dieser Entscheidung zu prüfen, ob die Steuerermäßigungen bereits bei der laufenden Gehaltszahlung in voller Höhe berücksichtigt sind. Ist dies nicht der Fall, so sind der Nachzahlungsbetrag und der Gehaltsbetrag zusammenzurechnen und die gesetzlichen Steuerermäßigungen von der Gesamtsumme in Abzug zu bringen. Die Nachzahlung stellt eben einen Teil des Monatsgehalts dar, der nur insoweit besonderer Verhältnisse nicht mit diesem zusammen ausgezahlt werden konnte. Hat also ein Gehaltsempfänger, dessen gesamtes monatliches steuerfreies Einkommen auf 85 200 000 M. angenommen werden soll, als laufende Gehaltszahlung zu Anfang des Monats 80 000 000 M. erhalten so war er nicht nur steuerfrei, sondern der Ermäßigungsbeitrag überstieg noch in Höhe von 5 200 000 M. den Gehaltsbetrag. Erhielt dieser Gehaltsempfänger nun eine Nachzahlung von beispielsweise 40 000 000 M., so ist hiervon die Lohnsteuer nicht in Höhe von 10 Proz. gleich 4 000 000 M. zu erheben, sondern es ist der noch nicht in Anspruch genommene Teil der Ermäßigungen vorher zu verrechnen. Der Beträge ist also nur lohnsteuerpflichtig in Höhe von 40 000 000 weniger 5 200 000 gleich 34 800 000 M. und zahlt demnach 3 480 000 M. Steuer.

Kanadisches Mitglied der Saaregierung wird an Stelle Waughs der frühere Finanzmann und Vorsitzende der Hofenkommission von Montreal, Major Stephens. Er hat seinerzeit auch in Deutschland studiert.

Mit Regen und Sturm und dem Gesiebel mütter, welcher Blätter ging der Tag zu Ende, der auch die letzten sterblichen Ueberreste des Aeltesten unserer Parteiführer, Wilhelm Pfannkuch, im Gerichtsstraßen-Krematorium der zehrenden Flamme übergab. Noch einmal war von den vielen Freunden eine große Schar zusammengeströmt, um dem treubewährten Freunde an geweihter Stätte die letzte Ehre zu erweisen. Die große Beisehungshalle des Krematoriums faßte kaum die Schar der Erschienenen, die nicht nur die Halle selbst, sondern auch die beiden Ränge bis hoch hinauf zur Kuppel füllten. Die Reichstagsfraktion, die Stadtverordnetenfraktion, der Parteivorstand, die Redaktion des „Vorwärts“, Buchhandlung und Verlag, der 6. Groß-Berliner Bezirk, der ADGB, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, alle hatten sie Vertreter entsandt, die sich um die Angehörigen des greisen Entschlossenen scharten. Die treue langjährige Gefährtin des Verbliebenen hat der Tod des teuren Gatten auf das Krankenlager geworfen und so mußte sie mit den Töchtern der Feier fernbleiben. Der Sarg verschwand beinahe unter der Fülle der gespendeten Kränze. Am Fuhrer lag der Kranz des Reichspräsidenten Genossen Ubert mit einer schwarzrotgoldenen Schleife, Parteivorstand und Reichstagsfraktion, der Vorstand des ADGB, die Redaktion und Verlag des „Vorwärts“, die Geschäftsleitung und Personal der Buchhandlung „Vorwärts“ hatten Kränze gespendet. Von dem Bezirk Kassel der BVP. und von Redaktion und Verlag des Kasselers „Volksblattes“ waren Kränze da und die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands und der Sozialdemokratischen Partei Georgiens hatten gleichfalls Kränze gesandt. Die Schleife des Kranzes, den Verlag und Redaktion des „Vorwärts“ dem Toten weiheten, trug folgenden Spruch:

„Einem der Alten, die mit Dir scheiden,
der festgehalten in Freuden und Weiden,
Du aufrechter Streiter, Du treuer Gefährte,
wir kämpfen weiter bis frei die Erde!“

Nach einem stimmungsvoll vorgelegtem Männerchor „Ein Sohn des Volkes will ich bleiben“ beirat Genosse Wollkenbühr die Rednertribüne und rief namens der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes dem Toten die letzten Worte zu. „Daß unser lieber alter Wilhelm Pfannkuch nicht mehr unter den Lebenden weilt, das ist etwas, was wir täglich jetzt immer von neuem werden begreifen müssen und was wir doch nicht glauben mögen. Es ist eine Lücke in unsere Reihen gerissen, die niemals wieder ausgefüllt werden kann. Ist doch mit Pfannkuch der älteste Sozialdemokrat, der in Deutschland lebte, dahingegangen. Bereits 1863 schloß er sich der Partei an, hat ihr also 60 Jahre angehört. Ein Versuch, einen Ueberblick zu geben über das, was er geleistet hat, ist in diesem Augenblick ganz unmöglich. Tag für Tag hat er in der Arbeit und auf dem Posten gestanden und ist unermüdet bis zum letzten Augenblick tätig gewesen, so unermüdet, so geistig frisch, daß niemand daran gedacht hat, daß er eines Tages nicht mehr da sein könne. In Kassel hat er seine politische Laufbahn begonnen und hat wie alle Alten jener Zeit unter den

Verfolgungen der Behörden und der Unternehmern und leidet auch oft unter den Mißverständnissen der Arbeiter selbst, für die er gekämpft hat, zu leiden gehabt. Erst im Jahre 1892 erlangte er eine Stellung in der Arbeiterbewegung selbst als Redakteur der „Tischlerzeitung“. Im Jahre 1893 wurde er in den Parteivorstand berufen und hat hier nach mit Bebel, Liebknecht, Singer und Auer zusammengearbeitet. Seit 1900 war er Reichstagsabgeordneter und gleichzeitig auch Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Als seine schönsten Tage bezeichnete er zwei, nämlich den 6. Februar 1919, wo er als Alterspräsident die Nationalversammlung der freien deutschen Republik, für die er jahrzehntlang gekämpft und gelitten hatte, eröffnen konnte, und den 24. September 1922, an dem er die Wiedervereinigung der beiden getrennten Parteien sah. Seine große Arbeitslast hat ihn nicht hindern können, an der Seite seiner Gattin und seiner Kinder ein vorbildliches Familienleben zu führen. Nun ist er uns genommen. Aber das Andenken an den Verbliebenen wird in den Herzen seiner Familie, seiner Freunde und der Millionen, denen seine Arbeit galt, weiterleben.“

Im Namen der ausländischen Sozialdemokraten und der belgischen Partei drückte Genosse Hunsman der Familie und der Partei das Mitgefühl und das tiefe Bedauern aus über das Ableben des unermüdeten Kämpfers und Kameraden und treuen Mitarbeiters am Werke der internationalen Einigung.

Dann widmete Genosse Zubeil seinem allen Kameraden tief ergreifende Worte des Abschiedes. Er brachte den Dank der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion dar, der der Verbliebene nahezu 23 Jahre angehört hat. Ueberall, wo er tätig gewesen, war seine Arbeitsfreudigkeit unübertrefflich, seine Arbeit selbst ein leuchtendes Beispiel. Seine schönste Hoffnung, in seinen alten Jahren in einen stillen Hafen der Ruhe einzulaufen, ist ihm nicht erfüllt worden. Mitten im Sturm und Kampf ist er dahingegangen. Wir glauben nicht an ein Wiedersehen nach dem Tode. Aber nur der ist deshalb wirklich tot, an den niemand mehr denkt. In diesem Sinne kann und wird Wilhelm Pfannkuch niemals tot sein, denn man wird seiner in fernem Zeiten denken.

Für den Vorstand des ADGB sprach Genosse Gerschmann und rief dem Freund, dem Berufs- und Kampfgenossen, der nicht allein für die Partei, sondern stets auch für die Gemeinwesen eingetreten ist, warmempfundene Worte nach. Der Tote war ein Riese der Opferwilligkeit und der selbstlosen Pflichterfüllung. Sein Vorbild muß ansporndend auf alle Lebenden wirken. Auf ihn trifft das Dichterwort zu: Wer den Besten seiner Zeit genug getan, der hat gelebt für alle Zeiten.

Namens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sprach der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari. Berlin hat Pfannkuch viel zu danken. Berlin, wo er als letzter noch lebender Schüler Kasselers mehr denn 20 Jahre als Stadtverordneter tätig war, hat die Arbeit seiner besten Mannesjahre gesehen. Seine letzte Sorge galt der Not der Blinden, für die sein warmes Herz schlug. Die Würde und die Schlichtheit seines ganzen Wesens wird allen denen, die mit ihm zu tun gehabt hatten, unvergänglich sein.

Für den 6. Kreis (Kreuzberg) rief Genosse Schweißhardt dem Toten ein letztes Lebemahl nach und der Vertreter der Städtischen Blindenanstalt dankte dem Freunde der Blinden in bewegten Worten. Unter den leisen Klängen von „Heber allen Wipfeln ist Ruh“ und unter verhallendem Orgelspiel sank der Sarg in die Tiefe.

Wirtschaft

Die Devisenabgabe.

Der Kommissar für Devisenverfassung teilt mit, daß Formulare für die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände vom 25. August bis zum 30. September 1923 abzugebende eidesstattliche Verklärung gedruckt werden. Sie werden den Finanzämtern in kürzester Frist zugeleitet und sind dort für alle Erklärungs-pflichtige erhältlich. Die Frist bis zum 30. September 1923 muß gewahrt werden. Gegenüber andersartigen Auslegungen in der Presse wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es für die Verklärungspflicht nicht darauf ankommt, ob der Brotabgabepflichtige in der Zeit vom 10. bis 20. August ausländische Vermögensgegenstände im Sinne des § 3 der Verordnung vom 25. August 1923 befallen hat. Auch wer in dieser Zeit keinerlei derartige Vermögensgegenstände befaßt, ist erklärungs-pflichtig, — sofern er nur Brotabgabepflichtig ist.

Es ist vorgekommen, daß einzelne Ablieferungsstellen (— das sind die Zeichnungsstellen für die Goldanleihe —) die zur Ablieferung angebotenen Werte mit der Begründung zurückgewiesen haben, daß mit dem 15. September 1923 die Ablieferungsfrist abgelaufen sei. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß auch nach diesem Termin noch abgeliefert werden kann.

Es ist weiter vorgekommen, daß einzelne Banken die Zeichnung von Goldanleihe (als Gegenwert für die abgelieferten ausländischen Vermögenswerte) mit der Begründung abgelehnt haben, daß die Goldanleihezeichnung mit dem 18. September 1923 abgeschlossen sei. Auch dies entspricht nicht der Verordnung. Die Ablieferungs-pflichtigen haben ein Recht zur Zeichnung von Goldanleihe. Für derartige Zeichnungen kommt der Zeichnungsfristtermin nicht in Betracht.

Reichsbank. Der Reichsbankausweis vom 7. September zeigt eine erhebliche Vermehrung des Papiergeldumlaufs. Dieser hat sich nahezu verdoppelt und betrug 1 182 Billionen Mark. Die Zunahme des Notenumlaufs erfolgte vor allem wegen des großen Bedarfes des Reiches, das für 584 Billionen Mark Schatzanweisungen an die Reichsbank gab. Obwohl man bereits am Werke ist, die Papiermarktkredite ganz zu unterbinden, stieg der Bestand der Reichsbank an Handelswechseln von 113 auf 278 Billionen Mark, von denen jedoch ein erheblicher Teil nicht eigentliche Reichsbankwechsel sind, ein anderer Teil insbesondere für Zwecke der Volksernährung ausgegeben wurde. Der Goldbestand der Reichsbank ging um weitere 20,6 Billionen Mark zurück und beträgt jetzt noch 498,3 Billionen Goldmark. Der Rückgang erklärt sich aus der Notwendigkeit der Beschaffung von Devisen.

Anrechnung freiwillig abgegebener Devisen auf die Devisenabgabe. Die Anrechnungsquote der freiwillig abgegebenen Devisen nach dem 1. August 1923 bis zum Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen ist auf bringende Vorstellungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie durch Anweisung an den Devisenkommissar von 25 auf 50 Proz. erhöht worden. Ein weitergehendes Entgegenkommen soll in denjenigen Einzelfällen zulässig sein, in denen sonst Härten entstehen würden, insbesondere, wenn infolge von Beteiligung an der Juli- und Augustaktion die Erfüllung der Abgabepflicht auf Grund der Ablieferungsverordnung vom 25. August 1923 selbst bei Anrechnung von 50 Proz. der bisherigen Deviseneinzahlungen zu einer Gefährdung des Betriebes führen würden.

Keine Zinszahlungen für Reichs- und Staatsschuldverordnungen. Die wir von zuständiger Seite erfahren, sieht sich die Hauptverwaltung der Staatsschulden und die Reichsschuldverwaltung im Hinblick auf die Geldentwertung und die außerordentlich gesteigerten Kosten der Uebertragung der Zinsbeträge sowie ihrer Buchung bei den Banken, Sparkassen usw., und zwar auch im eigenen Interesse der Schuldbuchgläubiger und in der Annahme ihres Einverständnisses, vorläufig von weiteren Zinszahlungen für die im Reichsschuldbuch und früheren preussischen Staatsschul-

buch eingetragenen Forderungen abzugehen, unbeschadet des Rechtes der Gläubiger auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich einer späteren endgültigen Regelung.

Die Kohlenversorgung der Gas- und Wasserwerke im vergangenen Jahre hatte sich bis in den Januar dieses Jahres hinein, wie Generaldirektor Meyer-Dorfmund auf der diesjährigen Tagung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern am 18. September d. J. in Eibach ausführte, so gehesert, daß die Hoffnung berechtigt war, wieder zu normalen Verhältnissen zu gelangen. Die Belegung der Ruhr durch Franzosen und Belgier hat diese Hoffnung vernichtet. Zurzeit besteht eine außerordentliche Knappheit an Kohlen, insbesondere an solchen Kohlen, die für Gaswerke geeignet sind, durch den Ausfall der Ruhrzechen. Erhebliche Mengen englischer Kohlen müssen nach Deutschland eingeführt werden, um den Betrieb der Gas- und Wasserwerke sicherzustellen, und selbst Werte im Ruhrgebiet müssen zurzeit englische Kohle verwenden. Der Gasabfall ist im allgemeinen nicht gewachsen, wohl aber die Zahl der Gasabnehmer und die Summe, die der einzelne für seinen Verbrauch an Gas und Wasser zu entrichten hat. Trotz der zahlmäßig hohen Preise sei, so führte der Referent aus, doch das Gas heute der billigste Brennstoff nicht nur für den Haushalt, sondern auch für viele Gewerbe und Industrien. Sobald die Kohlenbeschaffung der deutschen Gaswerke wieder sichergestellt ist, wird man mit einer starken Zunahme der Gasabnehmer rechnen dürfen.

Landabgabe und Goldsolokausgeld. Der Umrrechnungsplan für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 22. bis zum 25. September 1923 einschließlich 33 600 000 für je eine Goldmark. Das Goldsolokausgeld wurde in gleichem Maße, nämlich auf 3 250 999 900 Proz. erhöht.

Ein neuer Erfolg der Gemeinwirtschaft in Oesterreich. Die letzte Bilanz der gemeinwirtschaftlich geführten Niederösterreichischen Elektrizitätsgesellschaft (Newag) weist einen Reingewinn von 5,8 Milliarden auf. Eine Dividende von 56 Proz. konnte an die Aktienbesitzer (nämlich an Staat und Gemeinden) verteilt werden, obwohl die Gesellschaft erst vor einem Jahr errichtet wurde. Die Anlagen werden mit 33 Proz. abgeschrieben und 3,4 Milliarden werden dem Erneuerungsfonds überwiesen. Kein Wunder, daß „Die Industrie“ (Organ der österreichischen Industrien) hierin eine besondere Gefahr für die Privatbetriebe erblickt. Und vor genau einem Jahre hat man dem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen den sicheren Ruin vorausgesagt!

Ämliche Devisenkurse.

	20. September		19. September	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	71221500	71578500	71421000	71779000
1 argent. Pap.-Peso	60249000	60551000	59451000	59749000
1 belgischer Franc	8977500	9022500	8878900	8922000
1 norweg. Krone	29127000	29273000	29127000	29273000
1 dänische Krone	32917500	33082500	32917000	33082500
1 schweizerische Krone	48079500	48220500	48079000	48220500
1 russische Rubel	4788000	4812000	4887750	4912250
1 japanischer Yen	87780000	88220000	87780000	88220000
1 italienische Lire	8079750	8120250	8039850	8080150
1 Pfund Sterling	822937500	827062500	822937500	827062500
1 Dollar	181545000	182455000	181545000	182455000
1 französische Franc	10773000	10827000	10573500	10628500
1 dänische Krone	16957500	17042500	17558000	17644000
1 schweizer Franc	32119500	32280500	31920000	32080000
1 japanische Yens	24385000	24661500	24389000	24661000
100 österr. Kr. (gest.)	249375	250625	255380	256640
1 holländische Krone	5446950	5473850	5446351	5473850
1 ungarische Krone	9576	9624	9676	9724
1 bulgarische Leva	1645875	1654125	1715000	1724800
1 jugoslaw. Dinar	1796500	1804800	1948125	19454875

Gewerkschaftsbewegung

Eine Million waren 20 Pfennige.

Nach den Erhebungen von Dr. Kuczynski waren die Kosten des Existenzminimums in Groß-Berlin in der ersten Septemberhälfte annähernd siebenmal so hoch wie in der zweiten Augusthälfte, etwa 250mal so hoch wie in der ersten Julihälfte und über 3500mal so hoch wie im September vorigen Jahres.

Als wöchentliches Existenzminimum in der ersten Septemberhälfte ergab sich für ein Ehepaar mit zwei Kindern ein Aufwand von rund 53 472 000 M für Ernährung, 360 000 M für Wohnung, 7 414 000 M für Heizung und Beleuchtung und von 39 374 M für sonstiges.

Auf den Arbeitstag umgerechnet, betrug der notwendige Mindestverdienst in der ersten Septemberhälfte 1923 für einen alleinstehenden Mann 13 701 777 M, für ein kinderloses Ehepaar 21 705 322 M, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 28 436 751 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Septemberhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 82 210 662 Mark, d. h. auf das 4 908 099fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,50 auf 130 231 932 M, d. h. auf das 5 839 997fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 26,80 auf 170 720 506 M, d. h. auf das 5 924 323fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, waren 1 000 000 M in der ersten Septemberhälfte etwa 20 Pf. wert.

Gemessen an dem amtlichen Lebensmittelpreis für das Reich ist der Wert der Papiermillion seit Montag auf sieben Pfennige gesunken, wobei die weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise seit Montag nicht berücksichtigt ist.

Zur Beamtenfrage.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten hat folgende Entschlüsse über das Beamtenabbaugesetz sowie über die Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen gefaßt:

„Durch den beabsichtigten Entwurf eines Gesetzes über den Beamtenabbau, wenn er auch dem Reichstag noch nicht vorliegt, ist die Absicht der Regierung erwiesen, zahlreiche Beamte aus dem Amt zu entfernen. Ebenso verlangt eine am 14. September der Reichsregierung übergebene Entschlüsselung des Reichswirtschaftsrats zur Befreiung der Defizitwirtschaft bei den öffentlichen Gewerken eine weitgehende Entlassung der dort Beschäftigten. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten verkennt nicht, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands äußerster Sparmaßnahme auf allen Gebieten verlangt. Daher ist eine Vereinigung der Verwaltung dringendes Erfordernis. Erworbene Rechte der Beamenschaft dürfen aber in einem Rechtsstaat nicht verletzt werden. Deshalb sind alle Maßnahmen, die auf eine Verjüngung und natürliche Beschränkung des Beamtenapparates abzielen, zu begrüßen. Jeder gewaltsame Eingriff aber in überkommene Rechte wird von den derzeitigen Beamten unter Einsetzung ihrer Solidarität auf das entschiedenste bekämpft werden.“

„Die erfolgte Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltsvorauszahlung für die Beamten trifft gerade die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Beamten am härtesten. Diese Maßnahme ist um so mehr zu verurteilen, als sie in erster Linie auf Veranlassung jener Volksschichten erfolgt, die durch ihre andauernde Steuerabgabe die Hauptschuld an der standalösen Finanzwirtschaft in Deutschland tragen. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten erklärt, daß ihre Mitglieder nach wie vor bereit sind, wirkliche Opfer auf sich zu nehmen. Sie würdigt auch durchaus die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Vertreter der Arbeitnehmerschaft in das Reichskabinett eingetretene Minister zu überwinden haben; sie vermischt aber vollständig die Anwendung derselben Zwangsmassnahmen, mit denen andererseits die Arbeitnehmer bedroht werden, auch gegen die bestehenden Klassen. Die freigewerkschaftlich denkende Beamenschaft ist nicht gewillt, auch noch Ausdehnung der Arbeitszeit und weitere Zwangsmassnahmen widerspruchslos hinzunehmen. Sie verlangt von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, insbesondere vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, daß sie in ganz anderer Weise als bisher, unter Inanspruchnahme der Solidarität der Betroffenen, die Interessen der Beamenschaft und aller Arbeitnehmer gegen die rücksichtslosen Bedrückungen durch die immer mächtiger werdende Kapitalistenklasse wahrnehmen.“

Einigung im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister den Tarifparteien des Bankgewerbes einen Einigungsorschlag übermittelt, der als Ausgangsgehalt für die unterste Gruppe im 20. Lebensjahr 100 Millionen, in der höchsten Gruppe als Endgehalt 300 Millionen

vorsteht. Dieses Gehalt soll in wöchentlichen Raten Freitag, spätestens Sonnabend bezahlt werden und im Verhältnis der Indexziffer zum 27. August zu der Indexziffer aufgewertet werden, die den Jahrestagen folgt. Diese Verhältniszahl soll durch eine Lohnkommission vorzuschätzt werden, und wenn der Index vorliegt, daraufhin nachgeprüft werden, ob sie mit dem Index übereinstimmt. Die sozialen Zulagen sollen zu Beginn des Monats aufgewertet zur Auszahlung gelangen. Mit dem Index vom 27. August stimmen sie überein in Höhe von 5 Millionen Frauenzulage und 10 Millionen Kinderzulage. Die Parteien sollen noch darüber verhandeln, ob die Gehaltszahlung Donnerstag technisch durchführbar ist. Spätestens bis Montag sollen wieder Ausgangsgehälter zur Auszahlung gelangen, um den Übergang zu der Donnerstag- bzw. Freitag- und Samstagzahlung zu erleichtern. Von dieser Übergangszahlung soll die Hälfte auf die vergangene Zeit,

POSTABONNENTEN

Der Vorwärts ist jetzt monatlich zu bestellen und zu bezahlen. Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

die andere Hälfte auf die letzte Wochenzahlung des Septembers zur Anrechnung gelangen. Die Ueberstundenvergütung soll wöchentlich ausbezahlt und das Gehalt entsprechend aufgewertet werden. Eine Kündigung dieses Abkommens soll erstmalig zum 3. November 1923 zulässig sein, von da ab jeweils für den Schluss einer Kalenderwoche. Im Falle besonderer Umstände soll das Reichsarbeitsamt berechtigt sein, die Kündigung auch zu einem früheren Zeitpunkt für zulässig zu erklären.

Aus den Deutschen Werken A. G., Spandau.

In einer überaus stark besuchten Betriebsversammlung der Maschinenfabrik, Werk Spandau, am 18. September berichtete der Kollege Rüd vom Betriebsrat über die Maßnahmen der Direktion für sämtliche Werke Deutschlands bezüglich der Arbeitszeitverlängerung, sowie über die eventuellen Wünsche betr. Abschaffung des Achtstundentages. In der Diskussion wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß sämtliche Betriebsräte diese Vorschläge des Vorstandes abgelehnt haben. Die Gesamtheit lasse an dem Achtstundentag nicht rütteln. Nachdem der Vertreter des D. W. B., Kollege Salzmann, den Anwesenden versichert hatte, daß sämtliche freien Gewerkschaften mit allen Mitteln für die Erhaltung des Achtstundentages eintreten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung von der Verlängerung der Arbeitszeit ab 21. September auf drei Tage pro Woche Kenntnis. Die Versammelten stellen sich geschlossen hinter die Maßnahmen der Betriebsräte und der freien Gewerkschaften und verpflichten sich, die Einführung einer Verlängerung der Arbeitszeit mit allen Mitteln abzuwehren. Sie erklaren aber in der Stärkung der freien Gewerkschaften das einzige Mittel zu diesem Zweck.“

Vom „Holzmarkt“.

„Der Holzmarkt“ prahlt in seiner Ausgabe vom 15. September (Nr. 222, 2. Beilage) damit, daß er „gegen den Achtstundentag“ von seiner Geburtsstunde im November 1918 an so energisch Stellung genommen habe, wie keine andere deutsche Zeitung und wie keine Handels- und Industrievertretung. Man muß vielmehr mit Beschämung feststellen, daß das Unternehmertum und seine Vertreter sich von Anfang an in der Frage ebenso schlapp benommen haben, wie unsere sämtlichen Reichsbehörden, denn alle haben aus Angst vor der Arbeiterschaft — tatsächlich wider besseres Wissen — es unterlassen, aufrecht ihre wahre innere Ueberzeugung zu vertreten. Kein Reichstanzler, kein Minister, kein Reichstagsabgeordneter haben es je gewagt, rund heraus zu erklären, daß der Achtstundentag eine Unmöglichkeit sei. Man hat höchstens in bescheidenstem Tone einmal um den Brei herumgeredet, es müsse mehr gearbeitet werden, aber selbst das geschah (wie bei Cuno) immer pfeiffend, und erst an einem Tage, an dem der Redner sogleich schon seine Kündigung in der Tasche hatte, also etwas „risikieren“ konnte.

Genau so war es mit den Demobilisierungsvorordnungen. In der großschäuflich demagogischen Manier spinnt der „Holzmarkt“ den Faden weiter, beschimpft die Arbeiter im allgemeinen, die Bergarbeiter im besonderen und gibt dem Achtstundentag die Schuld an der Gesamtheit aller der Vorgänge, die sich als Folgen des Kriegszusammenbruchs seit 1919 in Deutschland abgespielt haben. Wie „zwingend“ der Anlaß für dieses Organ des

Holzwichers ist, erneut gegen den Achtstundentag loszugehen, ergibt sich aus seinen eigenen folgenden Sätzen:

„Heute ist ja natürlich gar nicht daran zu denken, eine Zehn-Stundenarbeit einzuführen, denn nicht einmal für den Achtstundentag ist Beschäftigung vorhanden, und nur recht wenige Betriebe in Deutschland können sich so glücklich preisen, noch wirklich produktive Arbeitsmöglichkeit für 8 Stunden zu haben; wie lange noch?, das ist eine andere Frage. Die meisten Betriebe arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit, weil sie die Löhne gar nicht mehr ausbringen können, im Inlande keinen oder nur geringen Absatz haben und der Exportverkehr immer mehr zurückgeht, wie es ja ganz selbstverständlich ist.“

Um was es sich bei dem über zwei Spalten langen Erguß eigentlich handelt, ergibt sich aus der Forderung nach „billiger Produktion“ für das Ausland auf Kosten niedriger Löhne und langer Arbeitszeit. Der deutsche Arbeiter soll sich bereit zum Arbeitstier herabdrücken lassen, daß das Unternehmertum der ganzen Welt Schmutzkonzurrenz machen und dennoch große Profite einfahren kann.

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Für das Dienstgewerbe Groß-Berlin wurde am 19. September vereinbart, daß der Stundenlohn für Ofenbauer für die Zeit vom 16. bis 22. September 10 Proz. über den Maurerelohn beträgt, der für die Zeit vom 15. bis 21. September vereinbart ist. Für die Arbeitgeber: Reinhold Kockohl. Für die Arbeitnehmer: Erdmann.

Sie verweisen nochmals auf die heutige Mitgliederversammlung im „Rosenhäger Hof“, Rosenhäger Straße 11/12. Die Fachgruppenleitung.

Die Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne wurden gestern abend abgebrochen und werden heute fortgesetzt. Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung der Löhne um 210 Proz. für das besetzte und um 182 Proz. für das unbesetzte Gebiet. Die Arbeitgeber im Braunkohlenbergbau forderten für Mitteldeutschland und Bayern getrennte Verhandlungen, da sie keine Lohnerbhöhung um 200 Proz. bewilligen könnten.

Die Lohnverhandlungen in der Lederwarenindustrie am Donnerstag sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer boten zum Schluss 150 Proz. Dieses Angebot wurde abgelehnt. Die Unternehmer erklärten, diese 150 Proz. vorläufig zu zahlen. Die Kollegen werden ersucht, sie als Abschlagszahlung zu nehmen, bis der angerufene Schlichtungsausschuss endgültig entschieden hat. Näheres durch die Zeitung.

Am Bau-, Goldschmied- und Möbelhändler wird nach Vereinbarung mit dem Schutzbund Berliner Schlossereien heute gezahlt: Arbeiter über 21 Jahre 200 Millionen, Arbeiter von 18 bis 21 Jahre 150 Millionen, Jugendliche von 14 bis 18 Jahren erhalten 125 Proz. des Lohnes für die Zeit vom 10. bis 16. September.

Achtung, Arbeiter! Die Höhe in der Rüstindustrie ergeben für die laufende Woche folgende Sätze: für Kreisfägerschneider 6 500 000 M. pro Stunde, für Rüstmacher 60 M. weniger; für Hilfsarbeiter 1. Gruppe 6 200 000, 2. Gruppe 5 325 000, 3. Gruppe 4 875 000, 4. Gruppe 4 550 000 M. Für Kupfer 284 050 000 M. wöchentlich. Auftragsprozent 34 462 280 Proz.

Gehaltszahlungen an Angestellte erfolgen: im Buchhandel für diese Woche außer dem einen gezahlten Augustgehalt drei weitere Augustgehälter; in der Berliner Briefumschlag- und Papierausstattungs-Industrie das vierfache Augustgehalt; in der Kunst- und Pauschlofferei sowie der Goldschmiedindustrie heute weitere 45 Juligehälter à Konto. Die Höhe der weiteren Zahlung am 25. September wird noch bereinstimmt; im Rohlen-Großhandel wird heute das 4 1/2fache Brutto-Augustgehalt gezahlt (Juli-Gehalt x 20-Augustgehalt). Steuern sind von dieser Zahlung nicht abzuziehen. — Näheres beim BDB.

BDB. (Schreiner-Gewerkschaft im BDB.) Morgen, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Central-Schulhaus, Cool 3, Engelauer Str. 1. Zur Vorbereitung der GdB. 2. Kultur- und Gewerkschaftsarbeit. Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.

Wetter bis Sonnabend mittag. Stimmlich NWL. nur gemeißelt heiler, überhiegend bewölkt mit wiederholten Regenschauern bei lebhaften südwestlichen Winden.

Verantwortlich für Politik: Richard Derrhein; Wirtschaft: Artur Czerwinski; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schifano; Redakteur und Schriftf. Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Druckerei und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Seite 1 Beilage.

Beiläufig Die Frau Europa in der Übergangszeit nähren Sie sich mit Powerl durch billigen u. zuverlässigen Kraftstoff

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshöhne
7 1/2 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis
Theater L. d. Königsplatz, Straße Der Clowns Gottes

Metropol-Varieté
Behrenstr. 54
10 Schläger

Inferate im Vorwärts
sicheren Erfolg!

Deut. Künstler-Th.
Fürst v. Pappenheim

Waller-Theater
5: Die tolle Lola

Waldhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20
Tägl. 8 Uhr:

Die spanisch. Fliege

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Ein Mann aus d. Volke

Wintergarten
Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

Casino-Theater
S. U. Die neuen Reichen

Berliner Bockbräuerei
Belle-Alliance-Ecke Fiedrichstraße
Kino-Eröffnung!
Anfang 7 1/2 Uhr
Täglich 2 Vorstellungen

Spilplatz v. 21. - 27. 9. 23

UFA-PALAST & ZOO
Die Flamme

U. T. KURFÜRSTEND.
Das Milliardensooper
FAULENTENPALAST
Tollan

U. T. NOLLENDORFFPL.
Der müde Tod

KAMMERLICHTSP.
Friedrichs Ren

U. T. FRIEDRICHSTR.
Buddenbrooks

U. T. ALEXANDERPL.
Sabelze des Todes

U. T. WEINBERGSWEG
Sodom und Gomorra

U. T. SCHÖNEBERG
vom 21. - 24. 9. 23
Die Prinzessin Suwarin

U. T. 25. - 27. 9. 23
Shakeltons Todesfahrt zum Südpol

U. T. BASENHÖHE
Zwei Wälsen im Sturm der Zeit.

Arbeiten Sie gern?

Wie können Sie Vergnügen an Ihrer Arbeit finden, wenn Sie nicht mehr gut leben. Sorgfältig angepasste Gläser können Ihnen Arbeiten, welche bisher zur Last wurden, zur Freude werden lassen. Wenn Sie schwache Augen oder umgehende Gläser haben, müssen Sie sich nicht mehr als ein Normalstärker anstrengen. Trotzdem über leisten Sie nicht so viel, denn Sie werden rascher müde und leiden an Kopfschmerz und Abgespanntheit.

Kostenlos
prüfen wir Ihre Augen mit Sorgfalt u. garantieren für die Haltbarkeit aller Anfertigungen. Brillen-Fassungen aus Gold u. Doublet, 1-4 Jahre, je nach Qualität des Metalls.

Optiker Ruhnke

Berlin:
Zittelmarkt
Alexanderplatz
Königsstr. 55
Friedrich-Str. 103a
Leipziger Str. 113
Blutstr. 1
Schubertstr. 81
Friedrich-Str. 106

Invaliden-Str. 164
Invaliden-Str. 117
Chaussee-Str. 72
Frankfurter Allee 14
Friedrich-Str. 150
Belle-Alliance-Str. 4
Oranien-Str. 44

Neutölln:
Berg-Str. 4

Charlottenburg:
Tauentzien-Str. 15
Joachimsthauer Str. 2

Friedenau:
Rhein-Str. 18

Schöneberg:
Sand-Str. 21

Wilmersdorf:
Berliner Str. 133-83

Am Mittwoch entschließ sanft nach kurzem, schwerem Leiden der **Rektor Waldemar Holtz**, Achterleben Stadtstr. u. Mitzl, d. preuß. Landtages in Bonn für immer heimgegangen. Anna Holtz, geb. Finzel, rz. Bin.-Zehendorf, Johannisstr. 7. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 22. 3 Uhr, Friedhof Zehendorf-Mitte, Pandauer Straße, statt. Beileidsbesuche anliehnd verbieten.

Zigaretten, Zigaretten

(Klein, fein, halber usw.) zu günstig. Preisen Schreiber, Holzmarktstr. 28

Am 18. Septbr. verstarb nach kurzem Krankenlager, unsere langjährig geliebte Tochter **Hildegard** im 17. Lebensjahre. Sindi ex. Sonnabend 7 1/2 Uhr, vom Friedhof Bruns-Deberend 7 Uhr. Beileidsbesuche anliehnd verbieten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonnabend, 22. September, nachm. 4 Uhr, im Verbandshaus, Eichenstraße 83-85 (Sitzungsaal):

Sitzung
der Branchenkommission und Vertrauensmänner d. Bau-, Goldschmied- u. Möbelhändler

Sonnabend, 22. September, nachm. 8 1/2 Uhr im Verbandshaus, Eichenstraße 83-85 (Sitzungsaal):

Branchenversammlung der Bauhändler.
Die angelegte Versammlung am Freitag, den 21. September, 1923 aus. 43-1
Die Ortsverwaltung.

Ungeheuer gestiegen im Preise sind **Alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter** in „Vorwärts“ sind **billig!** dagegen immer noch

Weit unter Preis!

Schweizer Stumpen und Zigaretten gibt billigst ab **Adolf Nagel** Hermannplatz 6

Schokoladen
Neu eröffnet **Günther & Co.** Alexanderstraße 36a Eckhaus Kaiserstr.

Metallbetten
Stahlmetratz, Kinderbetten dir. an Priv. Alexanderstraße 36a Kat. 30A trel. Eisenmöbelfabr. Südt. Thür.

Garderobe
besonders preiswert auf Teilzahlung!

Herren: Anzüge, Schläpfer, Paletots, gestr. Hosen, Regenmäntel
Damen: Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke

Beiser Lothringer Straße 67.

Nord-Südbahn und Straßenbahn.

Aktien für die Nord-Südbahn? — Die Abfindung der entlassenen Straßenbahner.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern die Zukunft der beiden Verkehrsunternehmen der Stadt erörtert. Zu dem dringend nötigen Weiterbau der Nord-Südbahn bis Neukölln braucht der Magistrat einen Kredit von 8 Milliarden. Gegen den Beschluß des Haushaltsausschusses, daran die Bedingung der Ausgabe von Aktien zu knüpfen, wandte sich unser Genosse Ulrich. Er wies darauf hin, daß auch die zunehmende Arbeitslosigkeit den schleunigsten Weiterbau erfordert. Die bürgerliche Mehrheit lehnte die Genehmigung des vom Haushaltsausschuss vorgelegten Beschlusses ab. Zu der aus dem Ausschuss zurückkommenden Vorlage wegen Abfindung der Straßenbahner brachte die sozialdemokratische Fraktion ihre im Ausschuss abgelehnten Abänderungsanträge erneut ein. Genosse Dettmer begründete diese Vorschläge, bei deren Annahme für die entlassenen Straßenbahner besser gesorgt wäre als durch die Magistratsvorlage. Unser Redner betonte auch, daß wir das Arbeitsverhältnis, das den wieder-eingestellten Straßenbahner ausgenützt worden ist, nicht billigen können. Zur Abstimmung kam es gestern noch nicht.

Der Beginn der gestrigen Sitzung, der auf 4 1/2 Uhr anstand, verzögerte sich mit Rücksicht auf die gleichzeitig im Akroatorium Gerichtstraße stattgehabte Beichenseier für unseren Genossen Wilhelm Pfannkuch, an der das Gros der sozialdemokratischen Fraktion teilnahm und bei der auch der Vorstand der Versammlung vertreten war, bis gegen 1/6 Uhr. Vorsteher-Stellvertreter Schwarz eröffnete die Sitzung mit einer kurzen, von der Versammlung stehend angehörten Ansprache zu Ehren des Verstorbenen.

Auf die Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen der Verzögerung der Gehaltszahlung an die Lehrer und Beamten antwortete der Kammerer mit der Entschuldigung, daß die Nachzahlung für die zweite Hälfte August und die Zahlung für den September nicht rechtzeitig habe erfolgen können, weil die Rechnungsentwürfe zu spät einliefen. Genosse Dr. Weyl nahm Veranlassung, insbesondere darauf hinzuweisen, daß der Magistrat die den Witwen und Hinterbliebenen zustehenden Bezüge, soweit sie vom Staate gezahlt würden und obwohl sie von letzterem pünktlich überwiesen seien, erst mit wochenlangem Verspätung und arg entwertet den Empfängern zukommen lasse. Der Kammerer bestritt aufs bestimmteste, daß an dieser Behauptung etwas Wahres sei. Es sei Vorsorge getroffen, daß die Pensionen und Hinterbliebenenbezüge spätestens 24 Stunden nach der Zahlung der Gehälter erfolge. Zu der vom Magistrat beantragten Erhöhung des kommunalen

Sonderzuschlags zur Wohnungsbauabgabe

auf das 8., 12. und 24fache des Staatsanteils ab 1. Juli 1923 hat der Ausschuss in einem neuerlichen Beschlusse vom 13. September sich in seiner Mehrheit ablehnend verhalten. Der Städtebaudirektor hat seine ganze Beredsamkeit auf, um eine Mehrheit für die Vorlage zu gewinnen, die nur durch eine Zufallsmehrheit im Ausschusse gefallen sei und die zudem gar keine Erhöhung, sondern nur einen schwachen Versuch bedeute, die Abgabe der Geldentwertung anzupassen. — Der Deutschnationale van der Borght erklärte es für ein zweckloses Beginnen, in einer Zeit, wo fast alle Haushaltungen in schwerster Sorge seien, wie sie den Kampf mit der rasenden Teuerung weiter führen sollen, den vorhandenen Kosten ohne jede Aussicht auf Erfolg für die Lösung des Wohnungsbauproblems eine neue Last hinzuzufügen. Der Kommunist Schwend verwarf die Wohnungsbauabgabe als so unsozial wie irgend denkbar und als direkt unsinnig; Abhilfe könne nur erfolgen, wenn man dem Wucher mit den Baustoffen zu Leibe gehe. — v. Eyner (D. Vp.) suchte zu vermitteln und empfiehlt, wenigstens die Berücksichtigung der Abgabe zu bewilligen und die Zugräume nur zum 16fachen heranzuziehen, die Industriegebäude dagegen von der Erhöhung auszunehmen. — Deuster (Dem.) lehnte sich für die Berechtigung der Abgabe ein; daß sie so unverhältnismäßige Erhebungskosten verursache, liege daran, daß sie nicht wertbeständig konstruiert sei. — Kleiser von der Wirtschaftlichen Partei lehnte die Abgabe ab, weil mit der Senkungswirtschaft endlich aufgeräumt werden müsse. — Genosse Dattloch führte aus, daß es sich darum handle, nicht auch auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens die freie Wirtschaft Platz greifen zu lassen; die Allgemeinheit müsse etwas für die Fortführung der Bautätigkeit übrig haben, von der Ablehnung der Vorlage werde nur Berlin selbst den Nachteil haben. — Ein angenom-

mener Schlusssatz machte der Debatte ein Ende, was Herrn Richard Kunze veranlaßte, der Deutschen Volkspartei, die für den Schluß gestimmt und auch ihm das Wort entzogen hatte, „niederträchtige Feigheit“ vorzuwerfen. Die Abstimmung wurde verschoben.

Für die Nord-Südbahn

hatte der Magistrat weitere 8 Milliarden verlangt. Der ständige Haushaltsausschuss hat die Bewilligung auszusprechen beantragt, bis der Magistrat eine Vorlage über die Ausgabe von Aktien zur Beschaffung weiterer Mittel der Verammlung unterbreitet. Dr. Klinschardt (D. Vp.) vertrat diesen Standpunkt der Ausschussmehrheit mit allem Nachdruck; nur das Privatkapital könne helfen, und dazu müsse es materiell interessiert werden. — Dör (Komm.): Wenn auf diese Weise die Kapitalisten ein gutes Geschäft machen, so macht die Stadt ein um so schlechteres, denn sie gibt Goldwerte für Papierwert hin. Hier ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, Erwerbslose zu beschäftigen, und die gute Absicht dazu ist beim Magistrat vorhanden. Die Bürgerlichen verüben durch ihren Antrag am Magistrat ein naches Erpressungsmanöver. Da die 8 Milliarden längst ausgegeben sind, will man hier dem Magistrat einfach die Möglichkeit der Beschäftigung Erwerbsloser sperren, wenn er sich nicht dieser Interessenpolitik unterwirft. — Kammerer Dr. Raeding: Schon bisher ist die Fortführung nur mit Hilfe von Reich und Staat möglich gewesen. Unter normalen Verhältnissen hätten wir einfach Anleihen aufgenommen. Heute würden wir, unter dem harten wirtschaftlichen Zwange, auch zur Ausgabe von Aktien schreiten, aber nur im äußersten Notfall; vorzuziehen sind wertbeständige Obligationen. Das haben wir auch der Reichs- und Staatsregierung eröffnet. Müßen wir zur Aktienausgabe schreiten, so muß die Mehrheit des Aktienkapitals für die Stadt unter allen Umständen sichergestellt werden. — Genosse Ulrich: Die Interessenpolitik der bürgerlichen Mehrheit lehnen wir ganz entschieden ab. Wenn der „Aktienhunger“, von dem Herr Dr. Klinschardt sprach, so groß ist, warum hat dann die UGB die Schnellbahnausführung eingestellt? Die Untergrundbahn muß fertiggestellt werden; wir stimmen für die Magistratsvorlage.

Der Ausschussantrag wurde mit 99 gegen 87 Stimmen angenommen, damit war die Vorlage erledigt.

In der namentlichen Abstimmung über die Wohnungsbauabgabe wurde der Antrag auf Berücksichtigung mit 93 gegen 92 Stimmen bei 3 Stimmentaltungen abgelehnt. Darauf kam die Magistratsvorlage zur Abstimmung; mit 97 gegen 93 Stimmen wurde sie angenommen. Mit den Kommunisten und den Deutschnationalen sowie den Wirtschaftsparteilern stimmte ein Teil der Demokraten und der Deutschen Volkspartei dagegen. — Hierauf berichtete Dr. Kleiser (Dnat. Vp.) über die Vorlage wegen

Abfindung der entlassenen Straßenbahner.

Die vom Magistrat empfohlene Regelung ist vom ständigen Haushaltsausschuss mit einigen Änderungen angenommen worden. So soll der Vorbehalt „nach Möglichkeit“ bei der Pensionierung von Arbeitnehmern, die nahe der Pensionsgrenze sind, beseitigt werden. Solche Arbeitnehmer, die über 3 Monate hinaus in anderen städtischen Betrieben beschäftigt werden können, sollen unter dem allgemeinen städtischen Tarif fallen und ihre frühere Dienstzeit soll ihnen angerechnet werden. Außerdem soll ein Ausschuss von 5 Mitgliedern zusammengetreten, um zu prüfen, ob politische Rücksichten bei der Wiedereinstellung von Straßenbahner mitgespielt haben.

Von den Sozialdemokraten ist eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, die auch den Ausschuss schon beschäftigt haben und nur zum Teil berücksichtigt worden sind. Es soll u. a. ausgesprochen werden: „Alle Straßenbahner, die in anderen städtischen Betrieben Arbeit gefunden haben, müssen unter Fortbezug aller tariflichen Rechte beschäftigt werden; sollte die Betriebs-G. m. b. H. ihren Bedarf an Arbeitskräften aus den entlassenen Straßenbahner nicht voll gedeckt haben, so ist auf die in anderen städtischen Betrieben beschäftigten früheren Straßenbahner zurückzugreifen. Der Sorge um die Arbeitskleidung für anderweitig Beschäftigung soll dadurch abgeholfen werden, daß alle entlassenen Straßenbahner einen Anzug zweiter Garnitur (Hose und Jacke) erhalten. Soweit von der Betriebs-G. m. b. H. eingestellte Arbeiter und Angestellte vor dem 8. September bereits Ruhegehaltsansprüche erworben hatten, erhalten diese Ansprüche und Anwartschaften gegen die bisherige städtische Straßenbahn. Die bei der G. m. b. H. geleisteten Dienstzeiten werden als Dienstzeiten bei der Stadt be-

handelt.“ Die Beihilfe der Richtiggestellten soll nicht 40 Millionen Mark betragen, sondern „in Höhe des Arbeitsverdienstes von vier Wochen“ gewährt werden.

In der Aussprache wiederholte Dör (Komm.) seine Frage, weshalb die Gewerkschaft einen solchen tarifmäßigen Betrieb, in diesem Falle den Magistrat, nicht gesperrt habe. Die Stilllegung des Betriebes, die Entlassung des Personals sei durchaus unrettbar erfolgt. Würden die Straßenbahner entrechtet, so wäre es für den Magistrat sehr verlockend, auch mit der Arbeiterchaft in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerten ebenso zu verfahren.

Genosse Dettmer befürwortete eingehend die von der Fraktion vorgelegten Abänderungsanträge. Die Beihilfe von 40 Millionen sei viel zu niedrig; nehme die Mehrheit die vorgeschlagene Fassung nicht an, so müsse der Betrag auf mindestens 300 Millionen erhöht werden. Allen entlassenen Straßenbahner müsse Arbeitskleidung gewährt werden. Die Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsbestimmungen müsse unter allen Umständen garantiert werden, darum der Antrag betr. die von der G. m. b. H. Eingestellten. Hoffentlich werde das Arbeitsverhältnis der Arbeiter und Angestellten bei der neuen G. m. b. H. durch die demnächstigen Verhandlungen mit den Organisationen so gestaltet, daß die Verammlung darüber Klage nicht mehr zu führen brauche.

Dr. Steiniger (Dnat.) trat für die Ausschussvor schläge ein. Lange (Z.) lehnte die Normierung der Beihilfen in Höhe von vier Wochen Arbeitslohn ab, war aber bereit, für 300 Millionen zu stimmen. Die Karenzzeit von drei Monaten für die Beschäftigung als Beihilfe, beantragte er auf 14 Tage herabzusetzen. Die von den Sozialdemokraten beantragte Regelung der Ansprüche der von der G. m. b. H. Eingestellten, glaubte er auch nicht akzeptieren zu können. Schwarz (D. Vp.): So hart das Schicksal der Entlassenen erscheinen mag, es mußte doch angesichts des furchtbaren Ernstes der Zeit Farbe bekannt werden. Kein Ausschuss kann mehr das kümmerliche Los der Straßenbahner ändern, es wäre vergebliche Mühe, sich noch einmal damit herumzuquälen. Baron (U.S.P.) wies im einzelnen nach, in welchem Maße die tatsächliche Arbeitszeit bei der G. m. b. H. verlängert worden ist und was es danach mit der Aufrechterhaltung des Achtstundentages auf sich hat; effektiv komme jetzt eine Dienstzeit von zwölf und mehr Stunden heraus. Darum müsse der Antrag Dör zum Beschluß erhoben werden.

Die Abstimmung vertagte man, da sich der Saal sehr gefüllt hatte, auf die nächste Sitzung. Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen erfolgte nach 1/10 Uhr der Schluß der Sitzung.

Plakate schreien!

Plakate schreien! Heberall. An der Eisenbahn, auf der Dorfstraße, in der Stadt. An Häusern und Säulen. Industrielle bringen sich und die Erzeugnisse ihrer Fabriken in Erinnerung. Kauf, kauf, schreien sie! Das steht nicht wörtlich auf ihnen, aber jeder fühlt es und jeder, der nicht weiß, wie er heute und morgen satt werden soll, empfindet diese versteckte Aufforderung als eine Verhöhnung seiner Armut. Was gibt es da für herrliche Plakate! Wie viel Arbeit steckt in ihnen. Künstler haben ihre Kraft an sie verschwendet und Volkvermögen wurde verthan, um „der Wirtschaft“ willen. Aber diese Plakate sind alle „am rechten Fleck“, ihre Plätze sind für hohen Preis erkaufte. Sie pochen stolz auf ihre wohlverdienten Rechte. Daneben gibt es armeneliche Plakate, die irgendwo angeklebter werden, an Säule und in Winkeln, an Straßenbahnmassen und Bäume. Sie sind bald zerlegt, von mutwilligen Kindern zerissen, von Wind und Wetter betwaschen, heute da, morgen verschwunden, übermorgen erneuert. Wenige nur überdauern Monate und ändern dabei ihre Farbe. Aus schmutzigem Weiß wird erdiges Dunkelbraun. Das sind Plakate, die auf Fußballkämpfe, Erntefeste, Langberggängen und ähnliches hinweisen. Es sind Plakate, die für politische Meinungen werden wollen. Insbesondere die Kommunisten verpulvern hier ihr Geld. Warum auch nicht? Moskau schickt bald neues. Eine wahre Flut von Plakaten, Flugblättern, ein wahres Meer von Kleister geht hierbei drauf. Wahre Plakatsriege werden ausgeföhrt. Boshafte Bemerkungen werden von Gegnern zu dem Inhalt der Plakate hinzugefügt, das scheint die Beste Art zu sein, sie zu bekämpfen. Hutentbrannt reifen die Plakatlöcher selber solche „verbesserten“ Zettel herunter, oder aber sie kleben schnell einen neuen darüber. Das erste Plakat wird rauch durch das zweite erledigt und so fort. Mit der Weile wird die Fülle der Plakate langweilig. Die Leute achten nicht mehr auf sie oder geben mit gleichgültigen Gesichtern weiter, wenn sie einen Blick darauf geworfen hatten. So wird die ganze Arbeit wirkungslos. Geld und Mühe sind nutzlos verpulvert.

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

Kilian verlor sein Höflichkeitsschleim aus dem Gesicht und sagte bestimmt: „Ich bedauere, nein sagen zu müssen.“

„Was... aber warum denn...?“

„Weil wir heute schon tief im zwanzigsten Jahrhundert drin stecken, Frau von Weichart. Das weinberauschte Acht- und vierzigerideal von rauschender Bannerreide, von rotweißen Grenzpfählen und kleinbürgerlichen Schießprügeln im entzückenden Farbenspiel der Dichtung der Menge zu zeigen, lust in dem Augenblick, in dem es gilt, das Ideal eines Weltbürgerturns aufzustellen, das nenne ich mit der herrlichsten Gabe den übelsten Mißbrauch treiben. Peitsche müßte die Dichtung sein. Ihr aber macht einen Radtschuh daraus.“

„So reden Sie von unserm größten Schweizerdichter?“

„So rede ich von Eurem Abgott Goethe! — Ich war jüngst in einer Aufführung der „Iphigenie“! Ich frage Sie, was in aller Welt haben wir mit dieser vorchristlichen Ungeheuerlichkeit zu tun? Was geht das uns ja, was ging das die goethesche Zeit an? — Sind diese Mammutknochen von Gymnasiallehrern, die ihre Wuben Griechisch und Lateinisch lehren — tote Sprachen! Wer es begreifen kann, der begreife es! — sind sie nicht einzig daran schuld, wenn das Faustkämpferideal der Sklavenstaaten heute, viertausend Jahre später, noch lebendig ist unter den Gebildeten, die Speerheldenideale des Homer! Wenn man sich das überlegt und weiß, wie diese künstlich durch die Jahrtausende geschleppte Gedankenwelt der Menschheit den Militarismus erhalten und neu geschenkt hat, dann steht man vor der entsetzlichen Frage: Haben die Dichter der Welt nicht mehr geschadet, als sie ihr nützten? Ich wage die Frage nicht zu beantworten, aber jedenfalls bleiben Sie mir vom Leibe mit einer Volksausgabe eines Dichters, dessen Gedankenwelt um mehr denn ein halbes Jahrhundert zurückliegt!“

Frau von Weichart war sichtlich unangenehm berührt, von dieser für ihren Geschmack etwas proletenhaften Art sich auszudrücken. Sie sehte ein ganz leis überlegenes Lächeln auf

und sagte: „Eine originelle Ansicht. Aber ich will durchaus keinen Versuch machen, Sie zu befehren.“

„Dafür bin ich Ihnen dankbar!“

Sie reichte ihm die Spitze ihres Handschuhes und verlieh ihn, wie er wohl spürte, als seine Feindin. Kilian griff sich an den Kopf. Wie fremd war er doch diesen Menschen! Zu keinem mehr war er in ein Verhältnis gekommen. Auch zu den Frauen nicht. War der erste durch den Anblick erregte sinnliche Reiz verfliegen, so waren sie sich schon wieder weltentfremdet, gingen sie einander nichts an. Sobald nur die uranfängliche Eifersucht begann, jenes Wissen um die Menschheit um den inneren Zusammenhang der Dinge, waren keine Beziehungen mehr zwischen Mann und Frau. Mit den Männern begann dort wenigstens Kampf, Verneinung, Feindschaft, weil sie verrannt waren in die Politik ihrer Interessen und Parteien; bei den Frauen begann überhaupt nichts, hörte es einfach auf, weil sie nicht einmal Interesse hatten für die Zustände und Gesche, unter denen sie lebten. Und wenn man davon sprach, daß die Frauen dabei wenigstens einen leisen Ton mitreden sollten, machten sie einen Hühnerbuckel und glucksten: „Buh, Frauenrechtlerin!“ Als ob dieser Unsinn von Recht und Politik je aus der Welt verschwände, wenn nicht zuvor alle sich anstrengten, daß aus Recht und Politik — Vernunft wurde!

Ah, und das Leben war doch, sobald man einmal anfangen zu denken, des Lebens nicht wert, wenn man einer Sache nicht sicher war: es gibt einen Menschen auf Erden, den du lieb haben kannst, in dessen Augen du ein Verständnis findest für deinen tiefsten geheimnisvollen Willen! Jahrzehntelang war er am Abgrund geklebt, angeklammert mit seiner letzten Kraft, die Hoffnung im Herzen: die kleine seine Blumenglocke würde zu läuten beginnen, läuten! Würde die tolle Schlucht und den Abgrund und den Himmel füllen mit ihrem Klang! Ei, wie man da ruhig wird! Wie man da mutvoll wird! Wunder können geschehen! Wunder geschehen! Eine Frau kommt des Weges und küßt dich auf den Mund, Hüterbub Kilian, Weltbankdirektor Kilian! Eine Frau! Kommt herüber geradewegs aus Amerika, aus dem Zuchthaus und küßt dich auf den Mund. Und ist so fein und lug und sicher in ihrer Seele. Frau Esther! Und sie weiß Bescheid unter den

Menschen und unter den Dingen, die geschehen müssen und die einzig zu verantworten sind! — Sie hat nicht zugegeben, daß man ihre Wächter bestechen. Sie wollte ihre Strafe abtun. Besseres könne ihr nicht widerfahren. Aber Thomy ist ausgebrochen mit Hilfe der Instrumente und des Geldes, das man ihm in die Zelle schmuggelte, und er ist herübergefahren und Kilians Privatsekretär geworden, ein lieber, prächtiger junger Mensch, Thomy, der Kilian die Kugel in die Lunge schoß! Der Anarchist von gestern tätiger Mitarbeiter am großen Friedenswerk für morgen! — Aber noch ist alles erst Vorbereitung! Aber wenn erst Esther da ist...

Arbeiten! Arbeiten! Er klingelte! Besucher um Besucher kam, und schließlich trat als letzter der Student ein.

Er blieb gleich hinter der Türe stehen. Kilian blieb sitzen. Der junge Mann sagte: „Grüß Gott...“ und brachte die Anrede nicht heraus.

„Grüß Gott“, sagte Kilian, „da wärest du also.“

Dann gab es ein peinliches Schweigen, bis sich Kilian plötzlich erhob, auf den jungen Mann zuzuging und ihm die Hand entgegenstreckte. „Machen wir keine Dummheiten. Du bist also mein Sohn und ich dein Vater. Und jetzt — was ist los?“

„Ich habe... ich weiß...“ stotterte der Jüngling.

„Du hast dir das anders vorgestellt, diesen Empfang, gefühlvoller, sentimentaler, was? — Ich weiß nicht, wie ich zu diesem Gefühl käme.“

„Schließlich sind Sie doch an meiner Existenz schuld.“ fuhr er dem Studenten heraus.

„Daran zweifle ich“, sagte Kilian ruhig.

„Wollen Sie damit meine Mutter beleidigen?“ empörte sich der Junge.

„Wie käme ich dazu? — Ich bestreite nur, daß ich die Schuld an Ihrer Existenz trage, mein Herr. Sie atmen, Sie essen, Sie trinken — also sind Sie schuld, daß Sie existieren.“

„Wollen Sie damit Ihre Verantwortung abwägen?“

„Selbstverständlich. Die Verantwortung für Sie müssen Sie selber tragen. Ich anerkenne keine Verantwortung der Väter für ihre Söhne.“

„Ach so?“

(Fortf. folgt.)

